Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7852**

17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Inge Höger, Harald Koch, Christine Buchholz, Kathrin Vogler, Katrin Kunert, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Michael Leutert, Stefan Liebich, Dr. Gesine Lötzsch, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7113, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Verteidigungshaushalt wird eine enorme Belastung für den Staatshaushalt bleiben. Entgegen den 2010 vereinbarten Vorgaben, die Einsparungen in Höhe von 8,3 Mrd. Euro bis 2014 vorsahen, wird aufgrund der auf den Weg gebrachten Strukturreform der Streitkräfte der Verteidigungsetat nominell sogar um 0,4 Prozent erhöht. Außerdem wird die Gesamtsumme der Einsparungen halbiert. Bis 2015 soll der Verteidigungsetat nur geringfügig auf 30,43 Mrd. Euro gesenkt werden. Die zukünftige Personalstruktur und die damit verbundenen Reduzierungen schienen auf den ersten Blick erheblich, doch erbringen sie in ihrer Zielstruktur gerade einmal Einsparungen von ca. 300 Mio. Euro, die kaum nennenswert sind. Damit werden auch in Zukunft mehr als 10 Prozent der öffentlichen Gelder für militärische Belange ausgegeben. Das heißt, etwa 400 Euro pro Jahr pro Kopf der Bevölkerung werden in Rüstung und Militär investiert.

Der Verteidigungshaushalt zeugt nicht vom Willen, notwendige Einsparungen vorzunehmen, sondern unterwirft sich den Zielen eines fortgesetzten Umbaus der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Es wird offensichtlich, dass die Bundesregierung aus dem Debakel in Afghanistan nicht gelernt hat. Umfassende Auswertungen und Bilanzen der ernüchternden Erfahrungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr im letzten Jahrzehnt sind bisher ausgeblieben.

An der milliardenschweren Beschaffungspolitik soll festgehalten werden. In zweierlei Hinsicht ist dies bedenklich: Zum einen lähmen die Ausgaben schon jetzt den Handlungsspielraum (insgesamt ca. 11 Mrd. Euro für die Vorhaben A400M, Eurofighter, TIGER, PUMA, Fregatte 125 in den nächsten fünf Jahren), und zum anderen dienen viele der Vorhaben vor allem der Interventionsfähigkeit.

Diese Maßnahmen sind mit den Zielen einer realistischen Abrüstungspolitik nicht zu vereinbaren, sondern führen letztlich zu einer weitergehenden Militarisierung und einer Zunahme von verlustreichen Auslandseinsätzen. Indikator hierfür ist die Zahl der für Auslandseinsätze vorgesehenen Einsatzkräfte, die auf mindestens 10 000 aufgestockt werden soll. Dass die Wehrpflichtigen hierfür, das heißt in besonderer Auslandsverwendung, nicht eingesetzt werden konnten, erleichterte den Verzicht auf sie. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass die Zahl der unverzichtbaren Berufs- und Zeitsoldaten lediglich um 20 000 reduziert wurde.

Die derzeitigen Reformvorhaben der Bundeswehr laufen in die falsche Richtung. Sie sind geprägt von Effizienzsteigerung, Einsatzoptimierung und Privatisierung sowie von einem zunehmend an Auslandseinsätzen orientiertem Mehrbedarf an Rüstungsmaterial. Diese Mittel fehlen an anderer Stelle, z. B. für Abrüstungsbemühungen und für eine präventive Friedens- und Sicherheitspolitik. Die gegenwärtig und zukünftig größten Herausforderungen für den Frieden und die weltweite Sicherheit sind nichtmilitärischer Art, wie z. B. fehlende Verteilungsgerechtigkeit, Hunger und Armut, die Folgen des Klimawandels und die wachsende internationale Konkurrenz, unter anderem um die zuneige gehenden knappen Ressourcen. Auch den immer wieder beschworenen sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrornetzwerken und den regionalen Auswirkungen sogenannter gescheiterter Staaten kann mit militärischen Mitteln nicht nachhaltig begegnet werden.

Die Reform der Bundeswehr muss auf eine solide friedenspolitische und finanzielle Basis gestellt werden. Umfassende Abrüstungsmaßnahmen sind zweifellos mit hohen Kosten verbunden, auch gesellschaftlichen. Doch langfristig gesehen sind sie die einzige Möglichkeit für nachhaltige Einsparungen im Verteidigungshaushalt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in einem ersten Schritt hin zu einer glaubwürdigen Friedens- und Abrüstungspolitik die 2010 vereinbarten Sparvorgaben für den Einzelplan 14 einzuhalten und die Auslagerung von Verteidigungskosten in andere Etats rückgängig zu machen;
2. die derzeitigen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden und die damit verbundenen Einsparungen bei Beschaffungsvorhaben, wie z. B. A400M, Eurofighter, Schützenpanzer PUMA oder Fregatte 125 (insgesamt mit einem Volumen von weit über 20 Mrd. Euro), für die Finanzierung einer neuen friedensorientierten Außen- und Sicherheitspolitik zu verwenden;
3. die Streitkräfte sowie die Militär- und Rüstungsausgaben um 50 Prozent innerhalb der nächsten zehn Jahre zu reduzieren;
4. den Auftrag der Bundeswehr ausschließlich auf den Zweck der Landesverteidigung nach den Artikeln 87a und 115a zu beschränken;
5. die laufenden Privatisierungsprojekte zu beenden und auf die weitere Auslagerung von Bundeswehraufgaben auf externe Unternehmen zu verzichten;

6. sich nicht mehr am Ausbau der Interventionskapazitäten von NATO und EU zu beteiligen und zunächst die Beteiligung an NATO Response Force (NRF) und European Battle Groups (EUBG) zu beenden sowie keine Einheiten mehr für die European Rapid Reaction Forces (ERRF) bereitzustellen;
7. einen durch eine konsequente politische Entscheidung für Rüstungskontrolle und die Stärkung der entsprechenden internationalen Vereinbarungen in mehrfacher Hinsicht wichtigen Beitrag zur weltweiten Abrüstung zu leisten, insbesondere durch
   – die Auflösung des Tornado-Geschwaders in Büchel und die Beendigung der technischen nuklearen Teilhabe Deutschlands,
   – durch Abrüstung konventioneller Waffen und internationales Eintreten für eine Wiederaufnahme des KSE-Prozesses (KSE = Konventionelle Streitkräfte in Europa),
   – durch Demilitarisierung von Forschung & Entwicklung, Kürzung der entsprechenden Mittel für Rüstungsforschung an Universitäten und Unterbindung einer Finanzierung durch EU-Mittel;
8. aus Einsparungen im Verteidigungshaushalt ein langfristiges Konversionsprogramm zu konzipieren, aus dem sowohl betroffene Kommunen für die Nachnutzung der Standorte unterstützt als auch (ehemalige) Bundeswehrangehörige beim Wiedereinstieg ins zivile Berufsleben gefördert werden;
9. den großen Herausforderungen für den Frieden und die weltweite Sicherheit mit zivilen Instrumenten – Diplomatie, Stärkung des Völkerrechts, globale Zusammenarbeit und Initiativen zur Umsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, allgemeine Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten – zu begegnen und die Perspektive einer vollständigen Abrüstung der Bundeswehr im Zusammenhang mit universal oder regional ausgehandelten Abrüstungsprozessen aufrechtzuerhalten.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333